

# DEUTSCHLAND=UNION=DIENTST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postfachkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffische Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 25, 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a.M., 5. Februar 1949

Seite 1

Sie lesen heute:

=====

## Aus der Union

Der geschäftsführende Vorstand der CSU (Dr. Müller, Dr. Horlacher, Hauß-  
eiter, Sedlmayr, Dr. Muhler, Strauß und Frau Dr. Meyer-Sprekels) erklärte  
zu den Gerüchten über eine Krise in der CSU, daß Besprechungen mit dem  
Ministerpräsidenten Dr. Ehard über ein Ausscheiden eines führenden Mit-  
gliedes der CSU nicht stattgefunden hätten. Die Frage des Parteivorsitzen-  
den könne nur von der Landesversammlung entschieden werden. Der Minister-  
präsident und der Landesvorsitzende arbeiten nach wie vor auf das engste  
zusammen. Die Äußerungen des Staatsministers Dr. Hundhammer seien außer-  
halb der Gremien der Partei gemacht worden und könnten nur als seine per-  
sönliche Meinung gewertet werden.

Die Zeitfolge der Tagung des Frauen-Zonenausschusses der CDU für die  
britische Zone am 19./20. Februar in Recklinghausen sieht u.a. vor ein  
Referat von Dr. Helene Weber, Essen, über die Arbeit des Parlamentarischen  
Rates und Aussprachen über Vorbereitungen der Wahl für den Bundestag,  
über den Lastenausgleich und über Rundfunkfragen. Außer führenden Ver-  
treterinnen der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, wie Elisabeth  
Zilliken, Dortmund, Dr. Elfriede Nebgen, Berlin, Dr. Victoria Steinbiß,  
Bielefeld, Thasnela Lang-Brumann, München, und Dr. Elisabeth Meyer-Sprek-  
els, Fürth/Bay., werden sich Amtsgerichtsrat Erich Schmalz, Köln, der  
Wirtschaftsratsabgeordnete Theo Blank, Dortmund, und der Vorsitzende des  
Verwaltungsrats beim NWDR, Heinrich Raskop, an den Aussprachen betei-  
ligen.

## Kulturpolitik

Der Kulturpolitische Ausschuß des Hessischen Landtages beschloß in sei-  
ner letzten Sitzung am 24. Januar 1949, den von der CDU-Fraktion einge-  
reichten Antrag betreffend die Errichtung einer Akademie für medizinische  
Forschung und Fortbildung in Gießen zu genehmigen und das Kultusministe-  
rium mit der Durchführung des Erforderlichen zu beauftragen.

## Innenpolitik

Der Vorsitzende der Bayernpartei, Dr. Baumgartner, forderte in München  
die Abberufung Dr. Josef Müllers von seinem Posten als Justizminister mit  
der Begründung, daß er die Justiz politisiere und schwebende Verfahren  
eingreife.



Ein unverdächtiger Zeuge

=====

Allmählich beginnen die Wellen zu verebben, die der Parteitag des Zentrums in Oberhausen im parteipolitischen Leben hervorgerufen hatte.

Wesentlich scheint die Erkenntnis, die allen ernsthaften Betrachtungen gemeinsam ist, es habe sich in Oberhausen mehr um die Entscheidung einseitig festgelegter Delegierter gehandelt als um ein Votum der Zentrums-wähler. Das Zentrumsorgan "Rhein-Ruhr-Zeitung" bringt dazu Zahlen und weist nach, an dem Entscheid der Delegierten seien bestenfalls 20% der Mitglieder des Zentrums beteiligt, die wiederum nur einen verschwindenden Bruchteil der Wähler darstellen.

Am besten wird die Situation gekennzeichnet durch einen Artikel, den der bisherige Vorsitzende des Zentrums, Minister Dr. Spiecker, in der "Rhein-Ruhr-Zeitung" veröffentlichte. Darin heißt er u.a.:

"Ein auf Nordrhein-Westfalen und einen Randgürtel Niedersachsens beschränk-tes Zentrum kann weder sein politisches Gedankengut noch die Zielsetzungen einer Partei der methodischen politischen Mitte voll oder auch nur kraft-voll zur Geltung bringen und durchsetzen.

Das Zentrum hat keine seiner würdigen Aufgaben erfüllt, wenn es sich dar-auf beschränken muß, einen Kampf gegen die CDU in einem Lande zu führen, in dem ihm eine CDU gegenübersteht, deren Anhängerschaft überwiegend die Gesichts- und Charakterzüge des alten Zentrums trägt, während es dort, wo sich ein Kampf gegen die CDU vielleicht lohnen würde, nicht in Erschei-nung treten kann.

In den nächsten Jahren fallen die Würfel über das Schicksal Deutschlands und Europas. Darf man es an dieser Schicksalswende darauf ankommen las-sen, daß das Zentrum an den kommenden Entscheidungen vielleicht garnicht, bestenfalls aber mit 2, bis 2 1/2 v.H. beteiligt sei?

Wir wählen in Bälde den ersten, aber auch den letzten Bundestag in dieser Form. Nach dem Ablauf von vier Jahren werden wir vor ganz neuen und ganz anders gearteten Problemen stehen, und dann wird auch das Parteien-Problem von Grund auf neu aufgerollt werden.

Ich weiß, daß der Delegiertentag des Zentrums eine Fehlentscheidung ge-troffen hat. Darum habe ich an die Zentrums-wähler appelliert, damit sie gutzumachen versuchen, was in unpolitischer, blinder Leidenschaft ver-fehlt worden ist."

Zum Urteil gegen Reimann

=====

Das britische Militärgericht in Düsseldorf verurteilte den Vorsitzenden der KPD in den Westzonen, Max Reimann, zu drei Monaten Gefängnis. Nach einer DENA-Meldung wurde er für schuldig befunden, "das Ansehen von Per-sonen herabgesetzt zu haben, die für die britische Militärregierung ge-arbeitet haben oder noch arbeiten". In der Urteilsbegründung wird nach der gleichen DENA-Meldung gesagt, "das Gericht sei davon überzeugt, daß die deutschen Politiker, die unter dem Ruhr-Statut mit den Alliierten zu-sammenarbeiten oder ihnen bei der Durchführung der Beschlüsse dieser Be-hörde helfen, im Sinne der Verordnung Nr. 8 Personen sind, die der Militär-regierung Hilfe leisten können". Man muß nicht Gesinnungs-genosse Reimanns sein, um sich gleichwohl kritisch mit dem Urteil zu beschäftigen und es für politisch bedauerlich zu halten. Das britische Militärgericht hat



dem Aufbau der deutschen Demokratie den gleichen Bürendienst geleistet, wie das Militärgericht im Bochumer Demontage-Prozeß.

Der Führer einer Partei, deren Anhänger in der Ostzone würdelos jedem Wink der Besatzungsmacht folgen, beschuldigt nach der Methode "Haltet den Dieb" die Politiker der Westzonen der Zusammenarbeit mit der Militärregierung. Das Urteil darüber konnte man beruhigt dem Volke überlassen. Aber der militärische Ankläger glaubte, sich schützend vor die deutschen Politiker stellen zu müssen, und hat in einer politisch unglücklichen Formulierung der Anklage gewissermaßen die Vorwürfe Max Reimanns bestätigt, hat ihnen ein Gewicht gegeben, das sie vorher nicht hatten.

Die KPD aber, die nach dem Kriege in Westdeutschland mehr und mehr an Bedeutung verlor, hat jetzt vielleicht die zugkräftigste Werbeparole, sie hat einen Märtyrer. Die Jünger Moskaus werden das zum Schaden des demokratischen Aufbaues tatkräftig ausnutzen.

Die deutschen Politiker der Westzonen werden ihrerseits dem Gericht keinen Dank dafür wissen, daß es sie sozusagen zu Helfern der Militärregierung stempelt, und damit der Hetze der Kommunisten und der Nationalisten gegen sie gerade in einem Augenblick neue Nahrung gibt, in dem sie unter schweren persönlichen Opfern fruchtbringende Arbeit leisten für unser Volk, und für niemanden anders!

---

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Pottinistr.64.  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.  
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., II/49/600.  
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.

---